

# Limburger Anzeiger

Ingleich amtliches Preisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertaunus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur werktags).  
Bezugspreis: vierteljährlich 4.95 RM. ohne Postbefreiung.  
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24615 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Gegr. 1838 (Limburger Tageblatt)  
Verantwortlicher Redakteur: Hans Kriches,  
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei  
in Limburg a. d. Rh.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige 3-Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pfg. Die 11 mm breite Kleinzeile 1.30 RM.  
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 30

Limburg, Montag den 9. Februar 1920

83. Jahrgang

## Ein Jahr Nationalversammlung.

Am 6. Februar jährte sich der Tag, an dem in Weimar die Nationalversammlung ihre erste Sitzung abgehalten hat. Die zwölf Monate, die seit der Verfassung, haben trotz allem bewiesen, daß die Einberufung des Parlamentes, das dem von höchster Gloriosa in die tiefste Verwirrung gestürzten deutschen Volke nach dem Zusammenbruch des alten Kaiserreiches zunächst einmal eine neue Verfassung geben sollte, wirklich der große Willensakt war, mit dem das deutsche Volk den ersten Schritt auf dem Wege in eine neue Zukunft hat. Es ist seither viel für und gegen die Arbeit der Nationalversammlung gesagt worden. Die Gegner des neuen Regimes sind zugleich auch heftige Widersacher der Nationalversammlung gewesen, und sowohl auf der linken Seite wie ganz rechts hat man mit seiner Unzufriedenheit und seiner Kritik nicht zurückgehalten. Trotzdem bleibt das geschichtliche Verdienst dieses Parlamentes und daneben und darüber hinaus, das der Zeit noch herrschenden Regierungsopposition der drei Mehrheitsparteien unbestreitbar. Es liegt auch in der Natur der Sache, daß die erwähnte Kritik nicht so sehr gegen die Nationalversammlung selbst als gegen die Verhältnisse gerichtet war, aus denen heraus alle Entscheidungen, Beschlüsse und Maßnahmen sowohl der Regierung, wie des Parlamentes, wie der Mehrheitsparteien allein zu beurteilen sind. Die Nationalversammlung hatte als erste große Aufgabe die Herbeiführung des Friedens. Man weiß, daß das deutsche Volk damals in zwei große Lager geteilt war und daß die Unterzeichnung erst nach schweren Kämpfen geleistet worden ist. In jener historischen Sitzung, in der der Beschluß darüber gefaßt wurde, haben aber auch die anderen Parteien des Zentrums und der Mehrheitsopposition, die für Unterzeichnung eintraten, diese Selbstüberwindung als eine Tat der Verdienstlichkeit attestiert. Und wenn das deutsche Volk heute noch als ein großer Staat besteht, in dem nicht das Willkürgebot der Feinde ohne Schranken regiert, sondern dessen Souveränität nur durch die über ihm stehenden Pflichten aus dem Frieden beschränkt wird, so wissen wir heute, daß das allein auf die Leistung jener Unterzeichnung zurückzuführen ist. Auch die zweite gewaltige Aufgabe, die dem Weimarer Parlament erwuchs, wurde bewältigt: die Schaffung der Verfassung. In ihr wurde die Einheit des deutschen Volkes in eine dauernde, feste Form gegossen, und jenseits aller mehr oder minder berechtigten Kritik bleibt die bedeutsame Tatsache bestehen, daß der Einheitsgedanke durch sie in Marsch gesetzt ist und dem Ziele des einheitlichen deutschen Volkshauses in organischer Entwicklung zugeht. Das dritte Problem war die Wiedergewinnung der Reichsfinanzen, und in ihm befinden wir uns noch mitten darin. Aber daran denkt sich die lange Reihe der Vorlagen und angenommenen Entwürfe hinein ins Unendliche. An was noch man erinnert werden: die Verlegung nach Weimar, die jenseitig verschiedene, endlich auf Widerpruch. Der 13. Januar dürfte aber auch diese Proteste endgültig eines Besseren belehrt haben.

## Der bayerische Landtag gegen die Auslieferung.

München, 6. Febr. (WZ.) Der bayerische Landtag beschloß heute eine Rundgebung, in der gegen das Auslieferungsverlangen der Entente scharf Stellung genommen wird. Der Landtag ist der Überzeugung, daß das ganze bayerische Volk mit ihm einig ist in dem Widerspruch gegen die Forderung der Entente, die das deutsche Volk entehren will. Sämtliche Parteien schlossen sich dieser Rundgebung an.

## Die unsinnige Idee der Repressalien.

Berlin, 7. Febr. (WZ.) Nach Meldungen aus Paris soll die Völkerbundkonferenz Repressalien in Aussicht genommen haben für den Fall der Weigerung Deutschlands, die angeklagten Personen auszuliefern. Dazu bemerkt der „Vorwärts“: Die ins Auge gefaßten, also noch nicht beschlossenen Repressalien würden, wenn sie zur Anwendung gelangen, einwilliges zum völligen wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch Deutschlands führen. Möglicherweise könnte so schon eine drohende Seite allein genügen, um dieses Ergebnis zu erzielen. Aber geändert werden konnte dadurch nichts an der Tatsache, daß es keine Regierung in Deutschland gibt, die das Begehren der Entente zu erfüllen imstande ist. So wenig wie man zusammenbrechende Menschen durch Schritte wieder zu Kräften bringen kann, so wenig kann in Deutschland durch Blockade und Besetzungen eine Regierung in die Welt geschaffen, die die Kraft hat, Unmögliches möglich zu machen. Als Mittel, die Auslieferung zu erzwingen, wären die ins Auge gefaßten Repressalien vollkommen unzuverlässig. Als zweckmäßig zu ihren Zwecken können sie nur erscheinen, denen der Ruin Europas noch nicht vollständig genug ist.

## Sie wollen aus der Lage Nutzen ziehen.

Auch der „Petit Parisien“ sagt, im Falle der fortgesetzten Weigerung müsse die Verlängerung der Besetzung Rheinlands in Betracht gezogen werden. Auch andere Maßnahmen würden erwogen. Emilie Bure meint im „Eclair“, die Alliierten hätten heute nicht nur die Möglichkeit, die Auslieferung der Schuldigen und die Befreiung von ihnen, die so schwarz seien, wie ihre Seelen, zu verlangen, könnten auch die Entwaffnung Deutschlands fordern. Das vielleicht die letzte Karte, aber sie sei großartig.

## Millierand als Tiger Nr. 2.

Paris, 7. Febr. In der Deputiertenkammer erwiderte Minister des Äußeren, Millierand, auf mehrere Anfragen hinsichtlich der auswärtigen Politik. Er erklärte, was Ruhe und Stille, so würden Frankreich, England und Italien in allen Umständen in Uebereinstimmung vorgehen. Die bolschewistischen Gruppierungen werden keinerlei Hilfe

mehr erhalten, doch sollte nachher Polen oder Rumänien von den Bolschewisten angegriffen werden, so werden wir die vollständige Unterstützung zuteil werden lassen. Bezüglich des Versailler Vertrages erklärte Millierand, daß er entschlossen sei, ihn mit aller Gewissenhaftigkeit und unerschütterlicher Festigkeit durchzuführen zu lassen. Die Wiedergutmachungskommissionen funktionieren und die Vereinigten Staaten beteiligen sich an ihnen. Deutschland hat die versprochenen Rohstoffmengen nicht geliefert. Da somit der Vertrag undurchgeführt bleibt, wird Deutschland verurteilt werden. Daß die Räumungsstrafen für die Rheinlande fixiert worden sind. Weitere Maßnahmen stehen ebenfalls zur Verfügung der Alliierten, die von ihnen Gebrauch machen werden, wenn sie es für nötig erachten. Millierand schloß seine Ausführungen mit den Worten: Wir fordern alles, was uns Deutschland schuldet. Bezüglich der Auslieferung der von Deutschland Geforderten, sagte Millierand, daß der Vorschlag erst heute abend die zu fassenden Beschlüsse festlegen werde. — Die Erklärungen des Ministerpräsidenten Millerands wurden mit 513 gegen 66 Stimmen gutgeheißen.

## Vorläufig keine weiteren Schritte der Entente.

London, 6. Februar. (WZ.) Reuter erfährt mit Bezug auf die Erklärung Sir Austen Chombers vom 4. Februar, daß Holland den Kaiser auf eine entfernt gelegene Insel schaffen sollte, weder von den Alliierten im Allgemeinen noch von irgend einer der betreffenden Regierungen sei dieser Beschluß gefaßt worden. Reuter erfährt außerdem, daß keine weiteren Schritte in der Frage der Auslieferung der deutschen Schuldigen unternommen werden sollen, bis die Vertreter der Alliierten in Berlin Auskunft erhalten haben. Die neue Note an Holland soll nicht überreicht werden, bis die Zusammenkunft der ersten Minister der Alliierten stattgefunden hat, was innerhalb von zehn Tagen wahrscheinlich geschehen wird.

## Die Haltung der Generale.

Berlin, 6. Febr. Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff sehen, wie dem „Volkswacht“ mitgeteilt wird, in der Auslieferungfrage auf dem Standpunkt, der durch den Beschluß der am 7. Januar in der Versammlung der Heerführer gefaßt wurde, festgelegt ist. Also auch sie sind, wie Generalfeldmarschall von Völckow der Ansicht, daß sich kein einziger Deutscher freiwillig ausliefern dürfte. Das genannte Blatt erzählt weiter, daß General Ludendorff an der Einberufung der Versammlung und an dem gefaßten Beschluß hervorragend mitgewirkt hat.

## Die Verletzung der Ehre.

Berlin, 6. Febr. (WZ.) Die „A. Z.“ meldet: Scheidemann, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung, hatte Besprechungen mit Ebert, Bauer, Hermann Müller und anderen Parteifreunden. Erzberger äußerte sich auf ein aus Zentrumskreisen stammendes Telegramm sehr bestimmt über die völlige Unmöglichkeit der Auslieferung Deutschlands an die Rache der Gegner. Die der Völkerbund-Friedenskommission unterstellten Reichswehrtruppen erklärten es für ihre unwürdig, die Entente-Kontrollkommission auf ihren Besuchen deutscher Industriewerke weiter zu begleiten, da die Entente die Auslieferung ihrer Kameraden fordere.

## Holland, die internationale Finanz- und die Kaiserfrage.

Haag, 6. Febr. (WZ.) In der heutigen Sitzung der ersten Kammer erklärte der Finanzminister, die Regierung sei gerne bereit, an der Verbesserung der internationalen Finanzlage mitzuarbeiten, doch müsse die Initiative von den Großmächten ausgehen. — Die Kammer nahm einen Antrag an, nach welchem sie die Weigerung der Regierung, den deutschen Kaiser auszuliefern, ablehnt.

## Das Spiel mit dem Feuer.

Berlin, 6. Febr. (WZ.) Die „Daily News“ schreibt in einem Leitartikel zu der Frage der Auslieferung des Kaisers, wenn nur der Schein einer Drohung gegen die Niederlande angewendet werden sollte, so würde dies wenigstens in England einen Protest entfesseln, aber den sich die Regierungen und ihre Ratgeber wundern würden.

## Ratifikation des Friedens durch Serbien.

Belgrad, 7. Febr. Der Friedensvertrag von Versailles wurde am Mittwoch vom Königreich Serbien ratifiziert. Die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland werden wieder aufgenommen.

## Zwangswirtschaft, aber höhere Preise.

Am Reichswirtschaftsministerium fanden am 5. Februar Besprechungen wegen unserer Ernährungslage statt. Sie führten zu folgendem Ergebnis: Die Regierung hält die Zwangswirtschaft im Interesse der Volksernährung weiter aufrecht, bewilligt dafür aber der Landwirtschaft höhere Preise für die kommende Ernte. Danach wird sich der Erzeugerpreis für die Tonne Roggen auf 900 Mark, der Weizenpreis sich auf 1000 Mark für die Tonne stellen. Für den Zentner Herbstkartoffeln werden 20 Mark in Vorschlag gebracht. Außerdem wird der freie Handel mit Hafer wieder aufgehoben und auch der Hafer wieder öffentlich bewirtschaftet.

## Wiedererlaubte Zeitungen.

Berlin, 6. Febr. (WZ.) Der Oberbefehlshaber ordnete an, daß die Zeitungen „Freiheit“ und „Rote Fahne“ am Montag wieder erscheinen können. Jedem Versuch, auf die Störung von Ruhe und Ordnung hinzuwirken, tritt der Oberbefehlshaber mit Rücksicht auf die fürchterliche Lage, in der sich das Reich befindet, mit größtem Nachdruck auch zukünftig entgegen.

## Der Prozeß gegen den Attentäter Erzbergers.

Berlin, 6. Febr. (WZ.) Die Verhandlungen gegen den früheren Führer und jetzigen Gymnasiallehrer Otto von Hirschfeld, der das Revolverattentat auf Erzberger verübte, beginnt am 21. Februar vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Die Anklage lautet auf Mordversuch und wurde heute an die zuständige Strafkammer zur Beschlußfassung weitergegeben.

## Vertreter bei der Abstimmung.

Flensburg, 6. Febr. (WZ.) Nach einer neuen Verordnung dürfen die Vöhr der internationalen Kommission in Nordschleswig ausgewiesenen Stimmberechtigten zur Abstimmung nicht zurückkehren. Es wird ihnen aber gestattet, Vertreter zu stellen.

## Die Lehrer von Eupen und Malmedy.

Berlin, 4. Febr. (WZ.) Zu dem Konflikt zwischen der Lehrerschaft der Kreise Eupen und Malmedy und der belgischen Schulverwaltung erfahren wir, daß sich die Vertreter der belgischen Regierung dem einmütigen Widerspruch der deutschen Beamten nicht verschließen haben und mit Vertretern der deutschen Regierung eine neue Fassung vereinbarten, gegen die die Beamten noch schwerlich Bedenken haben können, da ihre lediglich von gewissenhafter Erfüllung der Dienstpflichten und Befolgung der Anordnungen des belgischen Oberkommissars die Rede ist. Den Beamten werden alle Rechte, insbesondere das der Teilnahme an der Abstimmung, gewährleistet.

## Frankreich beschäftigt sich am Rhein.

Berlin, 4. Febr. Die Presse-Information berichtet aus Paris: Die französische Oberste Heeresleitung beschloß im Einvernehmen mit dem Obersten Kriegsrat den sofortigen Ausbau sämtlicher Rheinbrückenköpfe im Elsaß und die Herstellung moderner Befestigungswerke an der Rheinlinie zwischen St. Ludwig und Straßburg. Die Regierung wird die Militärauslage alsbald der Kammer zugehen lassen.

## Arbeiter für das Wiederaufbaugesamt gesucht.

Wien, 4. Februar. Die „Information“ berichtet aus Paris, die französische Regierung werde einen Appell an alle alliierten und neutral gebliebenen Staaten richten, um Arbeitskräfte für die Wiederaufbauarbeiten in dem zerstörten Kriegsgebiet Nordfrankreichs zu werben. Die Entlohnung der ausländischen Arbeiter soll zu Lasten Deutschlands fallen.

## Die österreichischen Kinder.

Wien, 5. Febr. (WZ.) In der niederösterreichischen Landesversammlung sprach der Wiener Vizebürgermeister Winter über die Notwendigkeit der Bekämpfung der Tuberkulose. Nach seinen Ausführungen hat Wien gegen 300 000 unterernährte junge Menschen bis zu 19 Jahren. Gegenwärtig sind in Italien, in der Schweiz, in Deutschland und den skandinavischen Ländern insgesamt 34 000 Wiener Kinder gegen 10 000 Kinder aus Niederösterreich. In einigen Monaten wird die Zahl 60 000 erreicht sein. Dank dem tatkräftigen Eingreifen des amerikanischen Volkes wurden etwa 100 000 Kinder vor dem Verhungern bewahrt. Es bleiben aber immer noch 120 000 übrig, für die nicht gesorgt ist. Der Redner appellierte an die Bauern, an der Kinderhilfe teilzunehmen.

## Die österreichische Ernährungskatastrophe.

Berlin, 6. Febr. Die Ernährungslage in Österreich ist in ein katastrophales Stadium getreten. Die an sich schon mangelhafte Versorgung mit Brot, Fett und Fleisch ist nur noch bis kommende Woche gesichert. Was dann geschehen wird, kann heute niemand sagen, da mangels Krediten weitgehende Anläufe nicht gemacht werden können.

## Auf dem Wege zu einem russisch-polnischen Frieden.

Wien, 6. Febr. (WZ.) Der „Neue Tag“ meldet aus Warschau: Der Minister des Äußeren Patek erklärte Vertretern der Warschauer Presse hinsichtlich der Stellungnahme der Entente zum Kriege im Osten, daß Frankreich für die weitere Kriegsführung, England dagegen für Friedensschluß mit Sowjetrußland sei. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden schon in kürzester Zeit direkte Verhandlungen zwischen Warschau und Moskau eingeleitet werden. Vorher müsse sich die polnische Regierung nochmals mit der Entente ins Einvernehmen setzen. Gestern wurden Beratungen aller Reichstagsparteien über den russischen Frieden abgehalten und beschlossen, die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Reichstages zwecks Verhandlungen über einen Friedensschluß mit Rußland zu fordern.

## Gewalttätige Einstellung in die polnische Armee.

Breslau, 6. Febr. (WZ.) Der noch nicht 21-jährige Apothekerlehrling Konstantin Rojel, in Bojanowo, Kreis Rawitsch, der aus Oberschlesien stammt, wurde, sobald Bojanowo von den Polen besetzt war, aus seiner Stellung herausgeholt und in die polnische Armee eingetriben.

## Die estländischen Verluste.

Paris, 6. Febr. (WZ.) Savas meldet aus Stockholm: Die estländischen Verluste während des Krieges betragen nahezu 10 000 Offiziere und Soldaten.

## Ein bolschewistischer Gewerkschaftskongreß.

Amsterdam, 5. Febr. (WZ.) Der „Telegraaf“ meldet: Die Bolschewisten haben die Gewerkschaften Europas dringlich eingeladen, den russischen Gewerkschaftskongreß mit Abgeordneten zu besuchen.

## Japans Auftreten in Sibirien.

Amsterdam, 6. Febr. (WZ.) Der japanische Kriegsminister erklärte einem Berichterstatter der „Times“ in Tokio, Japan habe 35 000 Mann für Sibirien, von denen 26 000 Mann Geleitskräfte waren. Japan dürfe eine Durchdringung der Mandschurei und Koreas mit dem Bolschewismus nicht dulden.







## Amtlicher Teil.

(Nr. 30 vom 9. Februar 1920.)

Anstelle des Herrn Fleischhauers Rint ist der Schöffe Georg Denker in Niederzeugheim zum Standesbeamten-Stellvertreter des Standesamtsbezirks Niederzeugheim-Oberzeugheim-Thalheim ernannt worden.  
Limburg, den 5. Februar 1920.  
R. A. 596.

Die zu Schöffen der Gemeinde Heringen gewählten Wähler Josef Sidel 1. ist von mir verpflichtet worden.  
Limburg, den 4. Februar 1920.  
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

R. A. Nr. 469.

Die zu Schöffen der Gemeinde Heringen gewählten Wähler Wilhelm Jakob Holzhauser, Wilhelm Karl Albus und Jakob Wilhelm Wöl, sind von mir verpflichtet worden.  
Limburg, den 4. Februar 1920.  
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

R. A. Nr. 143

Im Anschluß an meinen Erlass vom 1. Dezember d. Js. — St. 5. 1440 — betreffend die Bildung der Reichshochbauordnung, teile ich mit, daß bis jetzt:

- 3 Normenblätter über Fallenden,
- 1 Normenblatt über Jumenturen,
- 13 Normenblätter über Fenster und
- 8 Normenblätter über Holztreppen

herausgegeben worden sind.

Die von der Geschäftsstelle des Normenausschusses der Deutschen Industrie in Berlin R. 12. 7, Sommerstraße 4a, zu beziehenden Blätter kosten bei Abnahme

- von 1—10 Stück einer Nummer 50 Pfg.
- von 11—25 Stück einer Nummer 45 Pfg.
- von 26—50 Stück einer Nummer 40 Pfg.
- von 51—100 Stück einer Nummer 35 Pfg.
- von 101—500 Stück einer Nummer 30 Pfg.
- von 501—1000 Stück einer Nummer 25 Pfg.

Nach ersuche ergeben, die Gemeinden, die Kreisverwaltungen und die nachgeordneten Behörden hierauf hinzuweisen. Die Rollen der für dienstliche Zwecke der dortigen Verwaltung etwa erforderlichen Normenblätter wären bei Kapitel 44b Titel 18 des Haushalts der Preussischen Regierung zu verrechnen.

Im Hinblick auf die große Bedeutung der Normungsarbeit, ersuche ich hier und da auch die Teilnahme von Vertretern der Regierungen an den besonders wichtigen Haupttagungen des Normenausschusses der Deutschen Industrie zu bitten.

Berlin R. 66, den 22. Dezember 1919.

Reisiger Straße 3.

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt.

Im Auftrage: gez. Conze.

St. 5. 1449.

An sämtliche Herren Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 3. Februar 1920.

Der Landrat.

R. A. B. 234.

(Schluß des amtlichen Teils.)

### Gottesdienstordnung für Limburg.

Katholische Gemeinde.

Dienstag 7 $\frac{1}{4}$  Uhr im Dom feierl. Jahramt für Anton Heidl und dessen Eltern Jakob Heidl und Ehefrau Josefine geb. Moos. Um 8 $\frac{1}{4}$  Uhr im Dom Jahramt für Georg Venz und seine beiden Ehefrauen.

Mittwoch 7 $\frac{1}{4}$  Uhr im Dom feierl. Amt für die Geschwister Anton und Elisabeth Hilt. Um 8 $\frac{1}{4}$  Uhr im Dom Jahramt für Franz Baier.

Donnerstag 7 $\frac{1}{4}$  Uhr im Dom Jahramt für Heinrich Buef. Um 8 $\frac{1}{4}$  Uhr Jahramt für Frau Pauline Heinrichs geb. Hilt.

Freitag 7 $\frac{1}{4}$  Uhr im Dom feierl. Seelenamt für Jean Paul Grandpre. Um 8 $\frac{1}{4}$  Uhr im Dom Jahramt für Frau Maria Ludwig geb. Schöpping.

Sonntag 7 $\frac{1}{4}$  Uhr in der Stadtkirche, feierl. Jahramt für Martin Bachtel und dessen Ehefrau Ludowika geb. Burdhardt. Um 8 $\frac{1}{4}$  Uhr im Dom Jahramt für Landesbauinspektor Josef Hensler.

Um 4 Uhr nachmittags Gelegenheit zur hl. Beichte.

## Reichsverband Deutscher Mineralbrunnen E. V. Cöln Vereinigung Mitteldeutscher Mineralbrunnen. Offenbach am Main.

Die sprunghafte Erhöhung der Löhne bei geringer Arbeitszeit, die Verteuerung aller Materialien und der hohe Bruch bei den heutigen kolossalen Flaschenpreisen zwingen uns, gleichfalls die Füllungspreise einheitlich mit Wirkung ab 1. Februar 1920 zu erhöhen. Diese Erhöhung ist auf das mindestmögliche Mass beschränkt.

Für alle von unseren Vertretern ausgegebenen Flaschen ist ein Pfand zu hinterlegen, das dem heutigen Gestehtungspreis gleichkommt und wie folgt beträgt:

Für Flaschen ohne Patenthebelverschluss  
1/2 u. 3/4 Ltr. M. 150, 1/2 u. 3/4 Ltr. M. 120.

Für Flaschen mit Patenthebelverschluss  
alle Größen M. 2.— 6/27

Bei Rückgabe der leeren Flaschen wird das dafür gezahlte Pfand zurückvergütet. Trotz des gezahlten Pfandes bleiben die Flaschen Eigentum des betreffenden Brunnens, sind an den Vertreter zurückzuführen und dürfen nicht zu anderen Zwecken benutzt oder veräußert werden.

Selterssprudel  
Augusta Viktoria  
Löhnberg.

Ober-Selterser  
Mineralbrunnen  
Ober-Selters.

## Statt Karten.

August Nettesheim  
Elisabeth Nettesheim  
geb. Seibel

Vermählte.

Limburg a. d. Lahn, Februar 1920.

6/30

Gretel Moos  
Heine Seibel

Verlobte.

## Die neue preussische Verwaltungsreform

ist im Ministerium des Innern einer nochmaligen Umarbeitung unterzogen worden und wird noch im Jan. dem Staatsministerium zur Beschlußfassung zugehen. Voraussichtlich werden die Vorlagen — es handelt sich um Provinzial-, Städte-, Landgemeinde- und Kreisordnungen — der Landesversammlung Ende Januar zugehen.

Ueber die Grundzüge der neuen Vorlage sei folgendes gesagt:

Die Vertretungen zum Provinziallandtag, zur Stadtverordnetenversammlung, zur Gemeindevertretung, zum Kreisrat werden auf Grund des Verhältniswahlrechts gewählt. Die Vertreter zu den Provinziallandtagen werden von den Kreisräten, in Stadtkreisen von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Alle Sitzungen sind öffentlich. Jede Provinz hat einen Provinzialausschuß, der aus 6—10 Mitgliedern besteht. Die Wahl zum Ausschuss ist geheim. Die Wahlzeit zu den Vertretungen beträgt vier Jahre. Alle Beamte werden auf zwölf Jahre gewählt. Der Oberbürgermeister braucht nicht Jurist oder Verwaltungsbeamter zu sein, in diesem Falle muß der Bürgermeister die Befähigung zum Richteramt haben. Für ehrenamtliche Tätigkeit werden keine Vergütungen gewährt. Jeder Verband muß eine Besoldungsordnung aufstellen. In Selbstverwaltungsangelegenheiten beschließen alle Verbände frei und sind keiner Anweisung der Aufsichtsbehörde unterworfen. Die Vermögensverwaltung ist selbständig unter Beachtung eingehender Richtlinien, Anleihen dürfen nur zu werbenden Zwecken und zu Ausgaben von dauerndem Nutzen für die Verbände aufgenommen werden. Die Tilgungsdauer darf bei ertragbringenden Unternehmungen 35 Jahre, bei ertraglosen 50 Jahre nicht übersteigen.

Die Staatsaufsicht ist wie folgt geregelt: Die Aufsichtsbehörde kann sich jederzeit durch geeignete Maßnahmen über die Verhältnisse der Verbände unterrichten, insbesondere durch Einsichtnahme in die Verwaltung, durch örtliche Prüfung, durch Einforderung von Berichten. Allgemeine Aufsicht ist zu gestatten. Gegen rechtswidrige Beschlüsse hat der Staat ein Vetorecht. Bei unordentlicher Verwaltungstätigkeit trifft die Aufsichtsbehörde ihrerseits Anordnungen, gegen die Beschwerde zulässig ist. Die Wahlen unterliegen der Bestätigung der Aufsichtsbehörde. Durch Beschluß des Staatsministeriums können die gesetzlichen Vertretungen aufgelöst werden. Das Schulwesen bleibt bis zur Reichsgesetzlichen Regelung unverändert. Die Gutsbezirke sollen aufgelöst werden und zu Landgemeinden unter Verschmelzung mehrerer Gutsbezirke oder durch Eingemeindung erklärt werden. Ueber die Auseinandersetzung zwischen Gemeinde und Gutsbesitzer beschließt die Beschlußbehörde. Für aufgebende Gutsbezirke kann der Gutsbesitzer entschädigt werden. Alle Wahlen müssen noch im Jahre 1920 stattfinden. Die Provinzen haben Kasseneinrichtungen zu schaffen, bei denen Städte, Gemeinden und Kreise Versicherungen für die Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung ihrer Beamten abschließen können. Der Landrat wird auf 12 Jahre vom Kreistag gewählt, hat er nicht die Befähigung zum Richteramt, so muß ein anderer hauptamtlicher Kreisbeamter mit solcher Befähigung angestellt werden.

Bekannt ist wohl dem Weltfremdesten in unserm neuen Deutschland, daß Gesetze machen und zwar schnell machen, keine Kunst ist, daß man aber ganze Verwaltungseinrichtungen und zwar solche, die sich gut bewährt haben, einfach mit ein paar Federstrichen über den Haufen wirft, das sollte man nicht für möglich halten. Eine solche Vergeßlichkeit soll nun auch in Nassau vorgenommen werden durch Einführung resp. Annahme einer Landgemeinde-Ordnung, die vielleicht für räumliche Gebiete passen mag, jedoch in einer Weise für unser schönes Nassauerland, auch nicht für seine Bewohner tauglich wird.

Diese Landgemeinde-Ordnung und in Verbindung damit die Reichseinkommensteuer sind der Ruin unserer blühenden Gemeinwesen, bringen den letzten Rest von Selbstständigkeit zu Fall. Die Gemeinde wird ein daddendes Glied in dem großen Ganzen, ohne daß ihr weiter die Möglichkeit geboten ist, entsprechend ihrer Eigenart auch nur das

geringste leisten zu können. Darum nur eine Frage an dich, Sohn des Nassauer Landes, willst du die Selbstverwaltung deiner Gemeinde ohne Widerspruch aufgeben und dafür die Kreisbürgemeisterei oder den Amtsverband aus Westfalen eintauschen? Wegen jedem und allem den Amstrat, den kleinen Landrat aussuchen? Deshalb auf, ihr Landbürgermeister, vereinigt euch, sendet gegen dieses Nachwort einer Landgemeindeordnung flammende Proteste nach Berlin und tragt euren Abgeordneten zur Landesversammlung auf, unter keinen Umständen dafür zu stimmen.

Bürgermeister des Oberwesterwaldkreises! Zeigt ihr, daß euch das Geschick und die weitere Entwicklung eurer Gemeinden am Herzen liegen, sammelt euch zu einer Abwehrvereinigung.

Aufbauen sollen und wollen wir, nein, das müssen wir, wenn nicht der Zusammenbruch kommen soll, heißt also von unten anfangen, zuerst die Gemeinde, dann der Staat, das ist die Regel. Der Bürger ist der beste, der an seiner Gemeinde mit raten und taten, mit helfen kann, dann bekommt er auch Verständnis für das Staatswohl.

Noch in diesem Monate wird sich die Preussische Landesversammlung mit den neuen Gemeindeverfassungsgesetzen zu beschäftigen haben, denn nach den Entwürfen sind die Einführungen derselben schon im Frühjahr gedacht. Wenn tatsächlich unsere Gemeindeordnung in Hessen-Nassau reformbedürftig ist, dann soll es ein Fortschritt sein, kein Rückschritt, wie es der neue Entwurf der Landgemeinde bedeutet.

Der neue Entwurf will nicht mehr und nicht weniger als jeder Gemeinde die Selbstständigkeit nehmen und den Amtsverband, Sammelbürgermeistereien wie in Rheinland-Westfalen auch in Hessen-Nassau einführen.

Eine Anzahl Gemeinden müssen einen Amtsverband bilden, der Amtsvorsteher, so ein kleiner Landrat, mit seinem Stab von Beamten, sorgt dann für seine ihm anvertrauten Gemeinden. Wege von zwei bis drei Stunden nach dem Amtsitz werden dann zu den Gewinnen dieser Verordnung zu zählen sein, anstatt daß man wie bisher bei seinem Bürgermeister in der eigenen Gemeinde sich Rat holen konnte.

Es gibt keinen Gemeinderat mehr. Sechs Gemeindevertreter und ein bis zwei Schöffen sind nach Angabe der Verfasser dieses Nachwortes genügend, das Nichts, was noch der Gemeinde verbleibt, verarbeiten zu können. Der Amtsvorsteher ist zu jeder Vertreter und Kommissionsitzung einzuladen und hat auch selbstverständlich dann den Vorsitz.

Schreiber dieses weiß wohl, daß nicht in allen Orten alles zum besten steht. Daß tatsächlich kleine Orte mit wenigen Einnahmequellen nicht wissen, in heutiger Zeit die notwendigen Gelder aufzutreiben, daß aber auch der vorliegende Entwurf dieses nicht ändern wird, sondern daß nur eine Stärkung der Gemeinden helfen kann. Diese Stärkung muß in der Selbstverwaltung liegen. Jeder Bürger muß an dem Wohl und Wehe der Gemeinde interessiert werden und nicht alles Selbstgefühl erdötet werden.

Im Sinne dieses Artikels wurden in zahlreichen Gemeinden gegen die Aufhebung der Selbstständigkeit der Gemeinden und die Schaffung von Großbürgermeistereien Beschlüsse gefaßt. Aus dem Oberwesterwaldkreis liegen von 84 Gemeinden 73 Beschlüsse vor. Auf Verreiben des Anregers des Ganzen werden in allen Kreisen je 1—2 Vertreter gewählt, die dringlichst

zu einer einmaligen Sitzung für Mittwoch, den 11. Februar, nachm. 1 Uhr in das Hotel „Alte Post“ Limburg

gebeten werden. Zu dieser Versammlung sind auch die Abgeordneten Nassaus eingeladen.

Die Einladung ist unterzeichnet:

11/30

R u f e r, Alpentod

Beigeordneter und Mitglied des Kreisausschusses.

## Zahn-Atelier

VON

Karl Tüscher, Dentist

Ob. Grabenstr. 15 Limburg Ob. Grabenstr. 15  
(im Hause Buchhandlung Herz)

Sprechstunden: 11/13

Nur Werktags von 9—3 $\frac{1}{2}$  Uhr.

## Chlorkalium

50/53 %

offert solange Vorrat reicht

9/26

Robert Schmidt, Niederbrechen.

## Phosphoritvorkommen

von kapitalkräftiger Gesellschaft zum Abbau sofort gesucht. Angebote an Bergverwalter Wihl. Weber, Niederfelders, (Taunus.) 2/30

Monatsmädchen oder Frau,

selbständig arbeitend, sofort für nachmittags (etwa 2—3 Stunden) gesucht. 13/30

F. v. Saint George, Am Schafberg 3.

## Hausmädchen

in gute bürgerliche Familie gesucht. 3/30

G. Müller, Fabrikant, Grenzstraße 5. Wiesbaden.

Gig, noch gut erhalten, zu kaufen gesucht.

Von wem, i. d. Expd. 7/26

## Dezimal-Wage,

50 Pfd. wiegend, noch gut erhalten, zu verkaufen. Wo, sagt die Expd.



Statt besonderer Anzeige.

### Todes-Anzeige.

Freitag den 6. Februar, nachmittags 2 Uhr rief Gott meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Pauline Bartholomä**

geb. Jung

nach kurzer Krankheit in die Ewigkeit ab.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

**Georg Bartholomä und Kinder.**

Limburg, den 6. Februar 1920.

1(30)

Die Beerdigung findet statt Montag den 9. Februar, nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause, Hochstrasse 2, aus.

### Todes-Anzeige.

Heute wurde unsere liebe, gute Tochter

**Gretel**

im 20. Lebensjahre von ihrem langen, schweren Leiden durch einen sanften Tod erlöst.

Limburg, den 7. Februar 1920.

In tiefer Trauer:

Reg.-Landmesser **Schindling und Frau**  
**Paula geb. Schoof.**

7(30)

Von Beileidsbesuchen bittet man höflich absehen zu wollen.

Beerdigung am Dienstag den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr von Diezerstrasse 38 aus.



### Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, heute vormittag 5 1/4 Uhr meinen innigstgeliebten Mann, unseren guten, treusorgenden Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Onkel und Schwager, Herrn

**Adolf Kaiser**

im 77. Lebensjahre, gestärkt mit den Heilmitteln unserer hl. Kirche, zu sich in ein besseres Jenseits zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten

Die tieftrauernden Hinterbliebenen

in deren Namen:

**Margaretha Kaiser geb. Zimmermann.**

Limburg a. d. Lahn, den 8. Februar 1920.

10(30)

Die Beerdigung findet statt Mittwoch den 11. Februar 1920, nachmittags 3 Uhr vom Sterbehaus, Untere Schiede 25, aus.

Die feierlichen Exequien werden Donnerstag den 12. Februar, vormittags 7 1/4 Uhr im Dom gehalten.

## Automobil-Motore, sowie Chassisteile

jeder Art.

### und Karosserien

auch gebrauchte reparaturbedürftige Wagen, jedes Fabrikat, werden sofort gekauft.

Angebote unter F.P.M. 368 an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.**

4(27)

## Maschinengussbruch u. Schrotteisen

läuft zu den höchsten Tagespreisen

Limburger Eisengießerei und Maschinenfabrik  
**Theodor Ohl.**

17(28)

### ■ ■ ■ Blei. ■ ■ ■

Für Atblei zahlt M. 4.50 pro kg ab Bahnstation. Zusendung kann ohne weitere Anfrage unter Nachnahme erfolgen. Nach erfolgter Abienung erbitte durch Postkarte Benachrichtigung nebst Angabe der Quantität. **Karl Gaardt, Reheim a. d. Ruhr, 5(27) Metallwarenfabrik.**

Ich suche für die Dauer der Heimkehrer-Transporte

### Unterkunft in Limburg.

Wenn möglich 1. Frühmahl und etwas Bedienung.

Gefällige Zuschriften an Hauptmann Rüdiger von Wedel, Limburg, „Nassauer Hof“.

12(30)

## Bekanntmachung.

Die wirtschaftliche Not des Vaterlandes zwingt die Regierung, auf dem von ihr im Bewusstsein ihrer Verantwortung dem Volke gegenüber eingeschlagenen Weg fortzufahren und noch solche Eisenbahn-Werkstätten zu schließen, deren Leistungen den an sie zu stellenden Anforderungen nicht entsprechen und deren Betrieb unwirtschaftlich ist.

Im Einverständnis mit der Reichs- und Staatsregierung wird deshalb auf Anordnung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebes die Werkstatt in Limburg (Lahn) sofort geschlossen. sämtlichen Arbeitern wird aus diesem wichtigen Grunde das Dienstverhältnis gemäß § 20 Absatz 1 der Arbeiter-Dienstordnung unter Fortzahlung des Lohnes für 14 Tage gekündigt. Die Werkstatt wird demnächst unter neuen Bedingungen wieder eröffnet, die eine Wirtschaftlichkeit des Betriebes und erhöhte Arbeitsergebnisse ermöglichen.

Die Wiederaufnahme sämtlicher bisher beschäftigten Arbeiter ist unmöglich. Aufgenommen werden bei erheblicher Einschränkung der Belegschaft nur diejenigen Arbeiter, die sich mit der mit den Gewerkschaften vereinbarten Arbeit im Gedinge und zu einer täglichen Arbeitszeit von vollen 8 Stunden verpflichten.

Meldungen zur Wiederaufnahme der Arbeit können von Dienstag, den 10. Februar an, in der Werkstatt erfolgen, woselbst die neuen Arbeitsbedingungen im einzelnen zu erfahren sind. Wer sich bis zum 11. Februar 1920 nicht zur Aufnahme der Arbeit meldet, hat keine Aussicht, wieder eingestellt zu werden.

14(30)

Eisenbahndirektion Frankfurt (Main).

## Öffentliche Versammlung

**Dr. Max Quarck,**

Mitglied der deutschen Nationalversammlung,

12(29)

spricht

Dienstag abend 8 Uhr im Saale der Alten Post

über

„Arbeitspolitik oder Putschpolitik“.

Sozialdemokratischer Verein Limburg.

### Volkschule Limburg.

Die zu Ostern d. J. in die Volkschule neuanzunehmenden Kinder sind am 11. und 12. Febr. in der Zeit von 10—12 1/2 Uhr vormittags anzumelden, und zwar die Knaben im Dienstzimmer der Berners-Sengerschule, die Mädchen in dem der Wilhelmitten-Schule.

Schulpflichtig werden alle Kinder, die vor dem 1. April 1914 geboren sind, soweit nicht bereits ihre Einschulung erfolgt ist.

Außerdem können diejenigen Kinder aufgenommen werden, die in der Zeit vom 1. April bis 30. Sept. 1914 geboren sind, wenn ihre Schulpflichtigkeit festgestellt wird, und wenn ihre Anmeldung im genannten Termine erfolgt. Der Tag der schulpflichtigen Untersuchung wird später bekannt gegeben.

Von allen Kindern ist der Impfschein, von den auswärts geborenen noch der Geburtschein (bzw. Familienbuch) vorzulegen.

Limburg, den 6. Febr. 1920

Die Schulleitung:

Michels, Rektor.  
Lenz, Hauptlehrer.

7(29)

## Offene Lehrstellen

in kaufmännischen und gewerblichen Betrieben für Knaben sind zu besetzen durch den

Kreisarbeitsnachweis, Limburg

Berufsberatung, Vermittlung von Lehr- und Arbeitsstellen für Jugendliche.

5(30)